

Geschäftsführende Vorständin

Vorstandssprecherin

Cornelia Lentl

Telefon: +49 7552 262 120

E-Mail: c.lentl@lautenbach-ev.de

Datum: 25.07.2023

Statement zur Pressekonferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Baden-Württemberg zur wirtschaftlichen Lage der Sozialunternehmen: 27. Juli 2023, 10:30 Uhr

Die Einsparungen im sozialen Sektor im Bundeshaushalt und die steigenden Gesamtkosten vor Ort haben dramatische Folgen für die Angebote der Eingliederungshilfe und das Leben von Menschen mit Behinderung. Die Angebote der Eingliederungshilfe finanzieren sich in der Regel über kommunale Vergütungen. Werden die Kassen vor Ort knapp – dann ist Eines klar: Menschen mit Behinderung sind die Verlierer und die Angebotsvielfalt wird bedroht.

Wir stehen derzeit vor drei zentralen Problemen, die unsere Arbeit bedrohen:

Erstens:

Die neue Leistungssystematik, die uns das Bundesteilhabegesetz vorschreibt: Es führt zu mehr Teilhaberechten der Menschen mit Behinderung. Das ist gut. Doch die Kommunen stehen damit vor enormen Zusatz-Kosten.

Die knappen kommunalen Kassen können dazu führen, dass der notwendige Mehrbedarf von Assistenzleistungen zur Erfüllung der gesetzlichen Teilhabeansprüche von Menschen mit Behinderung nicht refinanziert werden kann. Das ist ein Skandal! Denn der gesetzliche Anspruch auf Teilhabe wird in einem solchen Fall von den Leistungserbringern nicht erfüllt werden können! Um nur ein Beispiel zu nennen: So können wir dann die Begleitung eines Menschen mit Assistenzbedarf zum Fussballspiel des Lieblingsvereins nicht begleiten und ermöglichen.

Fazit:

Erhalten die Kommunen keine ausreichende Finanzierung für die vielfältigen Herausforderungen ihrer Aufgaben, laufen Einrichtungen der Eingliederungshilfe Gefahr, Leistungen einstellen zu müssen. So droht Teilhabe zum Luxusgut zu verkommen.

Zweitens:

Der Fachkräftemangel betrifft nicht nur die Pflegeeinrichtungen, sondern vor allem auch die Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Es fehlt an Strategien von Bund und Land, dem zu begegnen. Werden aktuell zarte Bemühungen der Integration von Langzeitarbeitslosen

und Asylbewerbern durch Streichung von Bundesmitteln im Keim erstickt, werden uns damit wichtige Perspektiven zur Kompensation von Personalengpässen genommen. Zudem zeigt sich die Einsparung bei den Freiwilligendiensten als ernste Bedrohung. Ein freiwillige soziales Jahr ist oftmals das Eintrittstor zu einer Ausbildung als Heilerziehungspfleger oder –pädagoge. Werden hier Kürzungen vorgenommen, verschärft dies mittel- und langfristig die prekäre Personalsituation an der Basis.

Fazit:

Kürzungen des Bundeshaushalts im sozialen Sektor verschärfen die prekären Personalsituationen an der Basis und müssen zwingend zurückgenommen werden. Wir fordern endlich wirksame Lösungen vom Land, um den Fachkräftemangel auch in der Eingliederungshilfe zu kompensieren.

Drittens:

Der gesellschaftspolitische Auftrag zu mehr Inklusion wird zum Hohn, wenn die Leistungserbringer keine finanzielle Ausstattung erhalten. Dazu ein Beispiel: Die Einrichtungen sind aufgefordert, erfolgreiche und dezentrale Angebote in kleinen Wohneinheiten zu etablieren. Je kleiner die Wohneinheit, desto höher steigen die Kosten im Personalaufwand. Gleichzeitig steigen die Kosten bei Baumaßnahmen; Wohnraum im urbanen Raum ist zudem grundsätzlich knapp und teuer. Die Einrichtungen stehen schon jetzt bei den Finanzierungen von neuen Wohnformen mit dem Rücken zur Wand - sowohl bezogen auf die gestiegenen Kosten von Baumaßnahmen von bis zu 40 % als auch auf die längerfristige Finanzierung der Maßnahmen.

Fazit:

Es kann nicht sein, dass Gesetze und Verordnungen vom Land beschlossen werden ohne die Finanzierung zu klären. Leistungserbringer fühlen sich bei der Erfüllung oft alleine gelassen. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif!

